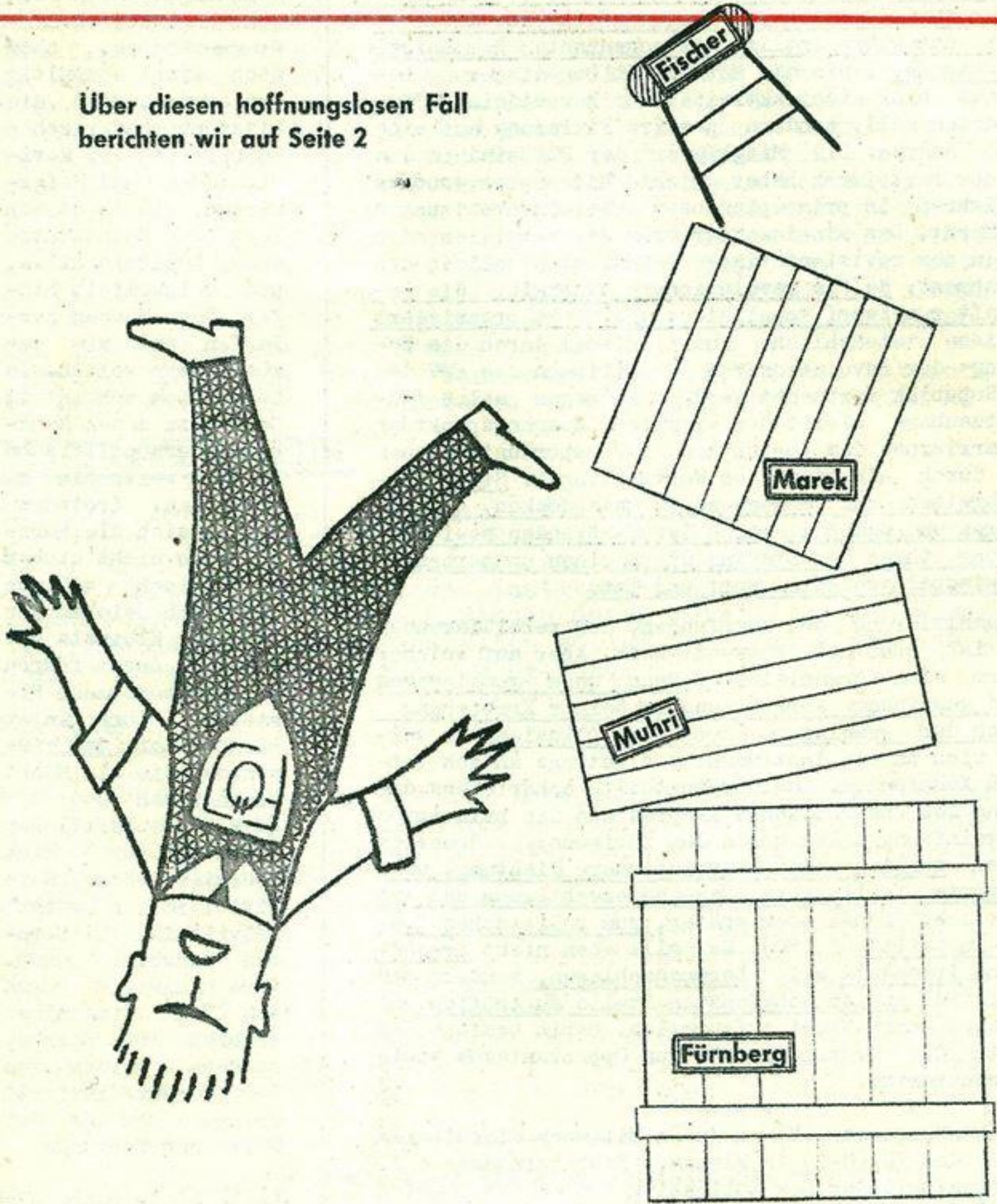


rote garde

tribüne der revolutionären jugend

Über diesen hoffnungslosen Fall
berichten wir auf Seite 2



Betrügerische Manöver

Unter der Begleitmusik scheinradikaler Phrasen setzen die verkalkten Mäuler vom Höchstädtplatz ein großangelegtes Manöver zur Tauschung der rebellierenden Jugend in Szene. Die Notwendigkeit der Schaffung einer revolutionären Kampforganisation der Jugend soll zu einer Karikatur verzerrt werden. Nicht Ergebnis einer Rebellion gegen die antirevolutionäre FÖJ-Führung, sondern ein bürokratisch, administrativ, geschaffenes Hilfsmittel einer revisionistischen Clique gegen eine andere - das ist das wahre Antlitz der sogenannten Kommunistischen Jugendbewegung. Allein die Methode der Organisation beweist, daß hier nicht Aktivität und Bewußtsein gefördert werden soll, sondern passive Fixierung auf eine Handvoll Bonzen. Die Mitglieder der FÖJ sind in den Augen der Parteimachthaber nicht Mitkämpfer, sondern Schachfiguren in prinzipienlosen Auseinandersetzungen um die Macht. Das Hineinmanövrieren der rebellierenden Jugend in das revisionistische Gezänk dient allein dem Establishment, da die revolutionäre Energie, die Bereitschaft zum Kampf kanalisiert und nicht organisiert wird. Diese tatsächliche Funktion soll durch die Beschwörung der revolutionären Traditionen des KJV der Ersten Republik vertuscht werden. Entgegen allen faulen Wortzaubern bleibt der wirkliche Ausgangspunkt der Austromarxismus: das Vertuschen der opportunistischen Praxis durch ein radikales Wortgeklänge. Statt Vorwärtsschreiten und konsequent zu Ende denken, ein Zurückzerren und Demobilisieren der Kämpfenden sowie die Vergiftung ihres Bewußtseins durch einen unüberbrückbaren Zwiespalt zwischen Wort und Tat.

Die Organisation der kämpfenden, der rebellierenden Jugend ist absolute Notwendigkeit. Aber auf welcher Plattform sich organisieren. Denn ohne gemeinsames Ziel und gemeinsame Vorstellung zu seiner Erreichung ist auch der gemeinsame Kampf pure Illusion: er verwandelt sich in ein Instrument des Betrugs an den tatsächlich Kämpfenden. Lenin verurteilte schärfstens die Ablehnung des theoretischen Kampfes und die prinzipienlose Vereinigung aller gegen den Zarismus: "Unseres Erachtens verliert eine revolutionäre Richtung, wenn die Theorie fehlt, ihre Daseinsberechtigung und ist unweigerlich, früher oder später, zum politischen Bankrott verurteilt" (6,180). Es gilt eben nicht irgendwohin und irgendwie wild herumzuschlagen, sondern den Klassenfeind an der schwächsten Stelle zu treffen und damit seine ganze Front aufzurollen. Darin besteht der Gegensatz der "roten garde" zum Opportunismus sowie zum Abenteuerertum.

+++++

Treffpunkt "rote garde": an jedem Mittwoch diskutieren im Lokal der VRA(M-L) in Wien 8., Schönbornergasse 6/2, ab 19 Uhr Mitglieder des Kollektivs Fragen des Kampfes im Betrieb, in der Schule, Universität und Bundesheer. Bei dieser Gelegenheit appellieren wir an alle unsere Freunde und Genossen, uns bei den ständigen technischen Arbeiten zu helfen und damit eine bessere Erfüllung der politischen Aufgaben zu ermöglichen. Telefonisch sind wir unter der Nummer 42 82 00 zu erreichen.

AN DIE LESER

AN DIE LESER

Immer mehr schwillt die revolutionäre Flut in den Metropolen des Kapitalismus an. Fabriken, Büros, Universitäten werden besetzt, der staatliche Unterdrückungsapparat direkt angegriffen. Hinweise ggeschoben, aber noch nicht endgültig entlarvt, sind die klassenverräterischen Bürokratien der Revisionisten und Reformisten, die in dieser Lage die Hauptstütze des Kapitals bilden und verzweifelt hinter den Massen herlaufen und sie zurückzerren wollen. In Österreich scheint im Gegensatz zu den Nachbarländern politische Stille weiterhin zu herrschen. Trotzdem fühlen sich die Herrschenden nicht sicher. Argwöhnisch schauen sie nach Zeichen der Unruhe. Kleinste Anzeichen davon führen zu unangemessener Hysterie. Ihre Angst beruht auf dem Wissen, daß sie die Macht erschlichen und den gesellschaftlichen Reichtum für sich usurpiert haben. Kein Mittel ist den um ihre Privilegien Zitternden schäbig genug. Ihre Angriffe gegen das Volk sind nicht Zeichen der Stärke, sondern werden von der Furcht diktiert! Erinnern wir uns der Worte Mao Tsetungs:

"Alle Reaktionäre sind Papiertiger. Dem Aussehen nach sind sie furchterregend, aber in Wirklichkeit sind sie gar nicht so mächtig."

AUS DER PRAXIS

AKTIONEN

Die Verbreitung der in der vorigen Ausgabe der "roten garde" abgedruckten Sondernummer hat begonnen. Neben einer Verteilung an Schüler der Handelsakademie am Karlsplatz wurde eine Reihe von Exemplaren in der Nähe von Mittelschulen angebracht. Es geht hier vor allem darum, die Mittelschüler über den Standpunkt der Marxisten-Leninisten zu dem sie betreffenden Sektor des bürgerlichen Schulsystems zu informieren. Selbst wenn unsere Positionen heute nicht vollständig akzeptiert werden, da sie den Rahmen des bürgerlich-demokratischen Gedankengutes sprengen und die bewußte Schroffheit und Schärfe mit einer unkritischen naiven Vorstellung von Demokratie und Freiheit zusammenstößt, wird der praktische Kampf die Richtigkeit unserer Auffassungen bestätigen. Denn nur Klarheit der Prinzipien und der Kampf mit falschen Ideen führt zur Klärung des Bewußtseins, das Gegenteil davon nur zu seiner Abstumpfung. Diese Aktion hat neben ihrer informativen Bedeutung in erster Linie organisatorische Funktion, nämlich die Zusammenfassung und Organisation der revolutionären Mittelschüler zur Führung eines gezielten Kampfes gegen das repressive Ausbildungssystem.

Treffpunkt unter dem Motto: "Wann streiken wir?" jeden Mittwoch und Freitag in Wien 8., Schönborngasse 6, ab 18,30 Uhr. Telefon 42 82 00.

INITIATIVEN

Immer mehr Leser gehen dazu über, die letzte Seite der "roten garde" als Plakat umzufunktionieren. Dadurch wird an den verschiedensten Stellen Wiens auf die Existenz unserer Zeitschrift hingewiesen. Wenn auch amtliche und nichtamtliche Institutionen den Marxismus-Leninismus, die Maotsetung-Ideen, von den Massen durch mutwillige Schikanen und sonstige rechtswidrige Akte fernhalten wollen, ist dies - wie das genannte Beispiel zeigt - letzten Endes vergebens.

PLÄNE

Für die kommenden Monate ist die Herausgabe weiterer Sondernummern geplant, die sich mit der Lage der Lehrlinge, Schüler von berufsbildenden Anstalten, Studenten und Soldaten des österreichischen Bundesheeres auseinandersetzen. Wie die bereits erschienene Sondernummer in Zusammenarbeit mit Mittelschülern entstand, laden wir auch hier an diesen Fragen Interessierte zur Mitarbeit ein. Diese Mitarbeit soll sich nicht allein in theoretischen und gestalterischen Beiträgen erschöpfen, sondern umfaßt in gleicher Weise Herstellung und Vertrieb sowie Bekanntgabe konkreter Informationen als Ansatzpunkte von gezielten Aktionen. Ziel ist, die Organisation von Basisgruppen an den Schulen, Universitäten und Kasernen, die neben den Betriebs- und Territorialgruppen einen notwendigen Beitrag zur Befreiung vom Joch des Kapitalismus leisten.

Was die Frage eines Weltkriegs betrifft, gibt es nur zwei Möglichkeiten: Die eine ist, daß der Krieg die Revolution hervorruft, die andere ist, daß die Revolution den Krieg verhindert.
Mao Tsetung

"Parlamentarische Demokratie" durchleuchtet

Als die Rebellion der nordamerikanischen und westeuropäischen Jugend auch in Österreich Wellen zu schlagen begann, beeilten sich die Herren hierzulande, mit allerlei "Reformen" bzw. Vorschlägen und Plänen für solche unserer Jugend Honig ums Maul zu schmieren. Dazu gehörte das in grosser Hast und in vollem Einvernehmen der Parteien vorgenommene Herabsetzen des Wahlalters auf 19 Jahre. Doch siehe da: Schon die ersten Wahlen, die nach diesem "grossmütigen" Akt stattfanden, zeigten, dass die Jugend sich nicht ködern lässt. Mit 75 Prozent gab es bei den Wiener Landtagswahlen die bisher geringste Wahlbeteiligung in der Geschichte. Dabei war die Stimmenthaltung bei den Jungwählern noch grösser als im Gesamtdurchschnitt: mindestens ein Drittel von ihnen hat die Schwindelwahlen boykottiert!

Der Boykott der Schwindelwahlen durch die Jungwähler ist das gerade Gegenteil von politischem Desinteresse; es ist vielmehr der Ausdruck hoher politischer Reife. Nicht umsonst nennen sich die verschiedenartigen Strömungen der linksgerichteten Jugendlichen Westdeutschlands "APO" (ausserparlamentarische Opposition). Damit geben sie zu verstehen, dass es innerhalb der sogenannten "parlamentarischen Vertretungskörperschaften" keinen wirklichen und wirksamen Widerstand gegen das "Establishment", d. h. gegen das politische, wirtschaftliche und kulturelle System der herrschenden Monopolkapitalisten, gibt noch geben kann.

Was es mit der "parlamentarischen Demokratie" auf sich hat, zeigte sich besonders augenfällig bei und nach den westdeutschen Bundestagswahlen. Da warben die parlamentarischen Parteien um die Wähler, indem sie aufeinander losschlügen, dass nur so die Funken stoben. Und nachher wetteiferten sie wahllos miteinander, wer mit wem ins Koalitionsbett steigen solle. Für das bestehende Regime ist es vollkommen gleichgültig, ob CDU/CSU mit SPD die Regierung bildet (wie es Kiesinger zuerst vorgeschlagen hatte und wie es sicher der Fall gewesen wäre, falls die NPD in den Bundestag eingezogen wäre) oder mit der FDP (wie er es später verzweifelt anstrebte), oder ob es zur SPD-FDP-Koalition kommt (was ja eingetreten ist), oder ob gar eine Allparteienregierung gebildet wird (wie es der frühere FDP-Obmann Mende wünschte). Alle Seiten des Dreiecks sind einander ebenbürtig, lassen sich beliebig gegeneinander austauschen oder miteinander kombinieren. Es geht ihnen weniger darum, ob kleine oder grosse Koalition, als vielmehr darum, ob grosse also "glaubwürdigere", oder kleine, also für den Betrug an den Massen weniger geeignete "parlamentarische Opposition".

Auch in Österreich, wo "man sich ebenfalls schon seit Monaten mit Koalitionskombinationen und wahltaktischen Sandkastenspielen beschäftigt", wird das Ergebnis der Nationalratswahlen "dem deutschen verteuelt ähnlich" sehen, meint bekümmert die grosskapitalistische "Presse". Diese Ähnlichkeit bezieht sich freilich nur - und darüber schweigt sich das Blatt wohlweislich aus - auf die betrügerischen Kombinationen zwischen Regierungskoalition und parlamentarischer "Opposition", nicht aber auf die Wahlbeteiligung. Die Zahl der Wahlboykottierer - und auf die allein kommt es in Wahrheit an! - wird bei uns verhältnismässig beträchtlich höher sein und den Herrschaften gewiss grossen Verdruss bereiten.

*

Die Klassiker des Marxismus-Leninismus haben im bürgerlichen Parlamentarismus mit seinem allgemeinen Stimmrecht stets die beste Herrschaftsform der Bourgeoisie, weil am schwersten durchschaubaren Deckmantel ihrer Klassendiktatur, erkannt. Mit Hilfe dieses Parlamentarismus hat die Bourgeoisie seinerzeit im Kampf gegen den Feudalismus ihre Klassendiktatur errichtet, scheinbar "legitimiert" durch den "souveränen Volkswillen". Vom Augenblick ihres Machtantritts an verwandelte sich aber für die Kapitalistenklasse das allgemeine Stimmrecht in ein zweiseitiges Schwert; denn die

Volksmassen begannen sofort, die Bourgeoisie beim Wort zu nehmen, durch eben diesen Stimmzettel ihren wahren Willen zu bekunden und so die verlogene Phrase der Herrschenden zu entlarven. In diesem Sinne haben die Marxisten-Leninisten den bürgerlichen Parlamentarismus zugleich als besten Kampfboden für die Mobilisierung des Proletariats bezeichnet.

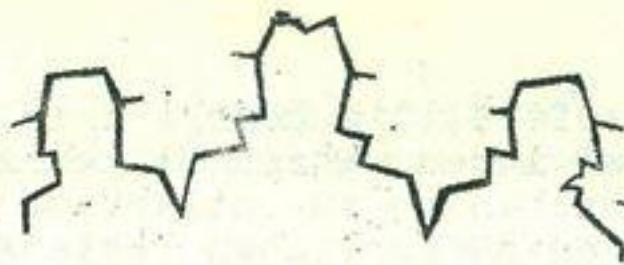
Deshalb hat die Kapitalistenklasse stets die "demokratischen Freiheiten" des Parlamentarismus und allgemeinen Wahlrechts aufgehoben und ihre unverhüllte, nackte terroristische Diktatur errichtet, sobald sie sah, dass ihre Betrugsmechanismen von den Massen durchschaut und gegen die Kapitalisten ausgenutzt werden. Und deshalb haben wirkliche Marxisten, echte proletarische Revolutionäre niemals parlamentarische Illusionen gehegt, waren sich stets dessen bewusst, dass Wahlen im bürgerlichen Staat bestenfalls einen "Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse" sein können, dass "hinter den Wahlzetteln die Pflastersteine liegen" müssen, wie Marx sagte.

Doch auch für das Proletariat kann dieser "günstigste Kampfboden" zu einem zweischneidigen Schwert werden, nämlich dann, wenn sich die Arbeiter durch die bürgerliche Scheindemokratie betrügen lassen, den Kapitalisten ins Garn zu gehen. Die Agenten der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiterklasse waren und sind stets bestrebt, gerade das zu bewirken. Nach Erämpfen des allgemeinen Wahlrechts in Österreich verkündete Victor Adler, der revolutionäre Kampf hätte bereits zum Sieg geführt, der "friedliche", parlamentarische Weg zum Sozialismus sei geöffnet. Und als zehn Jahre später die österreichischen Kapitalisten die monarchische Form ihrer Diktatur durch die republikanische ersetzten, war die überwältigende Mehrheit unserer Arbeiterklasse in demokratisch-parlamentarische Illusionen verstrickt. Lenin riet damals der jungen KPÖ, die Wahlen und das Parlament auszunützen, um mit Hilfe des allgemeinen Stimmrechts und von der Parlamentstribüne herab eben diesen scheindemokratischen Schwindel der herrschenden Klasse vor dem ganzen Volk blosszustellen und anzuprangern.

Doch in der zweiten Republik waren die Illusionen für breite Schichten des Proletariats bereits verflogen. Die Arbeiter wussten, dass die bürgerliche Demokratie, die einen "friedlichen Weg zum Sozialismus" eröffnet haben sollte, in Wirklichkeit zum Faschismus, zur nazistischen Fremdherrschaft und zum zweiten Weltkrieg geführt hatte. Sie sahen, dass nun, nach 1945, die durch den Sieg der Roten Armee und der antifaschistischen Weltfront aufs Haupt geschlagene Kapitalistenklasse wieder aus ihren Schlupfwinkeln hervorgekrochen war und sich uneingeschränkt der Staatsmacht bemächtigt hatte, und sie verloren weitgehend jedes Vertrauen in allgemeine Wahlen und "demokratischen Parlamentarismus". Hier aber begann der Sündenfall der einst revolutionären KPÖ: Sie hatte die opportunistische Losung vom "friedlichen Weg" übernommen, setzte alles auf Wählerstimmen und Parlamentsmandate, trat praktisch als Propagandistin des bürgerlichen Parlamentarismus auf - konträr zu den Stimmungen und Erkenntnissen der Massen.

*

Als einzige politische Kraft der österreichischen Arbeiterklasse hat die Vereinigung Revolutionärer Arbeiter (M-L) die neue Situation erkannt und die wissenschaftlich richtigen Schlussfolgerungen gezogen: Teilnahme an Wahlen bedeutet heute nicht mehr ein Mittel, die bürgerlich-demokratischen Illusionen zu beseitigen, sondern umgekehrt nur ein Mittel, diese weitgehend überwundenen Illusionen zu festigen. Es kommt heute darauf an, das ganze Establishment mit seinen Schwindelwahlen und seinen Schwindelparlamenten entschieden und rückhaltslos zu bekämpfen. Soweit es sich nicht um die Bestellung von Betriebsräten oder von Gemeinderäten in Landgemeinden handelt, muss man im allgemeinen (Sonderfälle kann es zuweilen geben, und wir lassen uns diesbezüglich nicht die Hände binden!) die betrügerischen Wahlen im kapitalistischen Klassenstaat boykottieren und für den aktiven Protest gegen diesen Schwindel durch Wahlenthaltung oder - wo dies nicht anders geht - durch Ungültigmachen der Stimmzettel agitieren!



Wer hat hier
gesagt: Dümmer,
als die Polizei
erlaubt?

Bedauernswerter Innenminister Soronics: da halten andere Minister staatsgläubige Bürger jahraus jahrein mit Märchen aus Tausendundeiner Nacht zum besten. Kaum aber sind seine Erklärungen druckfrisch aus der Presse, folgt das Dementi der Tatsachen und wirft ein fatales Licht auf die Weisheiten aus Ministermund. So verdamnte er vor nicht allzu langer Zeit alle Behauptungen über eine Zusammenarbeit der Staatspolizei mit ausländischen Geheimdiensten, speziell dem iranischen, als "Gerüchtemacherei". Die bürgerliche Journaille, die jetzt erklärt: "Dabei bestehen die Verbindungen zum Ausland seit jeher", griff begierig das Ministerwort auf und porträtierte die Gegner des Staatspolizeistaates in gewohnt infamer Manier als hoffnungslos Verrückte, psychopathische Phantasten und schreiende Radaubröder, die mit Prügel und Strafen zu belehren seien. Nachdem die "Zusammenarbeit" mit ausländischen Geheimdiensten nicht mehr geleugnet werden kann, sprechen diese verächtlichen Kreaturen des Kapitals von "notwendigen Kompensationsgeschäften". Die Analogie mit dem Wirtschaftsleben liegt allerdings sehr nahe. Diese "Kompensation" erinnert sofort an die "Kooperation" der österreichischen Bourgeoisie mit den Monopolen der diversen imperialistischen Staaten. Hinter der Fassade der "gemeinsamen Zusammenarbeit" diktieren in Wirklichkeit die ausländischen Kapitalmagnaten, während die einheimischen Kommis servil ihre Befehle ausführen. Ein ausgezeichnete Vergleich zwischen der Lakaienrolle bei der Ausplünderung und jener bei der Unterdrückung des österreichischen Volkes, veranschaulicht in der illustrativen Formel "Kooperation und Kompensation".

Verlassen wir die düstere Stätte ministeriellen und journaillistischen Erinnerungsvermögens. Wenden wir uns den letzten Heldentaten der Ära Soronics zu. Denken wir an die wochenlangen Triumphgesänge der staatsblinden Presse über den Sieg der Polizeiweisheit über finstere Mächte. Der Innenminister war geblendet von der Sonne des Lobs, sah sich bereits in der Rolle des Retters des Vaterlandes und unternahm die ersten Gehversuche im neuen Gewand. "Manche Staaten hätten die Tätigkeit ihrer Geheimdienste in Österreich eingeschränkt, nachdem die österreichische Staatspolizei aktiver geworden sei", verkündete er mit siegesgewisser Miene. Die Tasachen freilich lassen jenes gelassen ausgesprochene Wort in einem äusserst merkwürdigen Sinn als richtig erscheinen.

Als ironischer Kommentar erscheint der Bericht der "FAZ" vom 24. Oktober 1969, die lapidar feststellt: "...die rege Tätigkeit ausländischer Agenten in Österreich stützt sich stark auf die gute Zusammenarbeit mit der Staatspolizei. Der Nachrichtenaustausch dürfte das übliche Ausmass an Intensität überschritten haben, weil nach der Besetzungszeit zwischen Beamten der österreichischen Sicherheitsbehörden und ausländischen Nachrichtendiensten enge persönliche Kontakte bestehen." Der Bericht des Nationalratsausschusses bestätigt diese Ausführungen, wenn er feststellt, "dass das derzeitige System sicherheitsbehördlicher Aufzeichnungen und der geübte Nachrichtenaustausch nicht genügend Schutz vor Missbrauch biete." Mehr noch, der wegen Spionage verurteilte ehemalige Staatspolizist Ableitinger "setzte gewissermassen viele Polizeibedienstete als seine Hilfskräfte ein". All das lässt den Zusammenhang zwischen der Aktivität der Geheimdienste des Auslandes und jener der Staatspolizei wenig rühmlich erscheinen.

Typisch für die gesamte Rolle der Staatspolizei ist die zwielichtige Verbindung zwischen dem genannten Ableitinger und dem Chef der Staatspolizei, dem heutigen Generaldirektor für öffentliche Sicherheit, der als graue Eminenz des Innenministeriums gilt, der mehr Einfluss und Macht

als jeweilige Minister hätte. Tatsache ist jedenfalls, dass Ableitinger auch nach seinem Ausscheiden aus der Staatspolizei mit Peterlunger in "persönlicher und brieflicher Verbindung" blieb. Davon zeugen 28 noch vorhandene Briefe von ihm an Peterlunger und dessen drei Antwortschreiben. Der ehrenwerte Dr. Peterlunger empfahl weiters den gleichfalls ehrenwerten Ableitinger als Privatdetektiv, betraute ihn mit vertraulichen Erhebungen für die Staatspolizei - welch rührendes Vertrauen in die Fähigkeiten der ihm unterstellten Beamten - und überliess ihm Teile eines geheimen Reserveaktes. Erscheinen da nicht die Worte des Wiener Satirikers Karl Kraus: "Die sogenannte Sicherheitsbehörde hat längst die Konzessionierung der Privatdetektivbüros empfohlen. Offenbar aus tiefster Dankbarkeit für die Hilfe beim Aufspüren von Verbrechen, die schon manchem Polizeirat zur Beförderung verholfen und dafür schon manchem Privatdetektiv die sorglose Ausübung der unsaubersten Praktiken ermöglicht hat" als hieb- und stichfester Nachweis der Bewahrung altehrwürdiger Traditionen? Wenn ihre Klasseninteressen bedroht sind, lassen die Kapitalisten den ihnen in Worten ach so heiligen Mantel des Rechtsstaates in den Schmutz der grössten Gesetzeslosigkeit fallen. Ihr zynisches Bekenntnis verdient festgehalten zu werden, "dass bei der Durchführung dieser Kontrolle (=Bespitzelung der Staatsbürger, d.Red.) nicht immer so gesetzmässig und vor allem bürokratisch vorgegangen wird, versteht jeder." ("Presse" vom 23. Oktober 1969). Natürlich, da kann ja ein jeder kommen...

Wir dürfen niemals vergessen, dass die Besetzung und die Kompetenz der verschiedenen staatlichen Stellen ein Ausdruck der Verankerung des Einflusses und der Macht der diversen in- und ausländischen kapitalistischen Gruppen ist. Jede Veränderung bedeutet gleichzeitig eine Vergrösserung bzw. Verkleinerung der Einflusssphären. So verwundert nicht, dass der Versuch des Innenministers in der Atmosphäre der Spionagehysterie mit der Einführung der Institution des Sicherheitsbeauftragten die gesamte Verwaltung unter Kuratel der Staatspolizei zu stellen, auf Widerstand der Betroffenen stiess. Mit gezielten Indiskretionen erzwangen sie die Einsetzung eines parlamentarischen Sicherheitsausschusses, dem die entsprechende Munition geliefert wurde.

Alle diese neugebackenen Kritiker an den nach Änderungen schreienden skandalösen Zuständen wollen das System des Polizeistaates nicht abschaffen, sondern nur ihre eigenen Vertrauensleute an die Schaltstellen der Macht bringen. So wirkt die Entrüstung der SP-Führung, ihre vorgaukelte Sorge um die Rechtssicherheit, als freche Heuchelei, wenn man bedenkt, dass jene Partei über zwanzig Jahre das Innenministerium leitete und jene Männer und jenes System aus den Trümmern des Faschismus hinübergerettet hat. Hat nicht Wiens Polizei unter dem SP-Mann Holaubek bei der Niederknüppelung von Demonstranten den Beifall aller Faschisten erhalten?

In Österreich muss der Staatsapparat als Hauptquelle der schleichenden Faschisierung angesehen werden. Aus seiner Mitte stammen die Wortführer des Faschismus, er liefert das Vokabular, den Rechtsschutz und die finanziellen Subsidien. Alle Illusionen über die Rolle des Staatsapparates, zu deren eifrigsten Verbreitern die Revisionisten gehören, führen nur weg von den auf der Tagesordnung stehenden Aufgaben und demobilisieren den Kampfwillen der revolutionären und demokratischen Kräfte des Volkes. Trotzdem wäre es falsch, in eine sinnlose Panik zu geraten, denn!

* "Somit muss man von ihrem Wesen her, aus einer langen Perspektive,
* in strategischer Hinsicht den Imperialismus und alle Reaktionäre als
* das betrachten, was sie in Wirklichkeit sind - als Papiertiger. Dar-
* auf müssen wir unser strategisches Denken gründen. Andererseits sind
* sie aber wiederum lebendige, eisenharte, wirkliche Tiger, die Men-
* schen fressen können. Darauf müssen wir unser taktisches Denken
* gründen.

Mao Tsetung

"TWEEN-SHOP"

Vor einigen Wochen fand in Wien eine Messe statt, die vorwiegend dem jungen Menschen Gelegenheit bieten sollte, seine, meist ohnehin magere Börse zu erleichtern und sich deshalb auch - einem allgemeinen Trend folgend - "TWEEN-SHOP" nannte.

Beim Betreten der Ausstellungshalle im Wiener Messepalast verschlug es sicher so manchem braven Lehrling den Atem; denn man hatte ja auch alles aufgeboten, was heute, nun sagen wir ruhig, "zieht". Bunt, bunt und noch einmal kitschig hiess die Parole, manchmal originelle Posters und bunte - sagte ich vorhin nicht: kitschig? - also bunt bemalte Mädchen, die sehr viel von dem zeigten, was der Betrachter ja ohnehin, sollte er offenen Auges durch die Strassen gehen, an jeder Plakatwand sieht, nämlich kindlichen Sex, der bar jedes Hintergedankens nur lieb sein will. "Underground auf wienerisch" könnte man sagen, doch wäre auch das schon zuviel.

Alle möglichen, meist jedoch unmöglichen Geschäftsleute und diverse Vereinigungen beginnen nun auch in Österreich den Sturm auf die Jugend. Man tut alles, um den jugendlichen Käufer zu gewinnen. Biederste Spiesser binden sich schreiend rote Halstücher um, zwingen ihren Verkäuferinnen Mini- und Maxilook auf, klatschen mit den Händchen, wenn auf der Bühne eine meist ohnehin langweilige Gruppe ihr musikalisches Nichtkönnen produziert. Dem durstigen Volk bietet man ausserdem noch Erfrischungsgetränke gratis, mit einem Wort: man ist eine grosse, bunte, liebe Familie, könnte man meinen.

Aber da gibt es doch wirklich eine Gruppe von jungen Menschen, die dagegen ist, die doch da wirklich kommt und sagt: Das alles hier ist eine grosse Heuchelei, dem allen hier liegt nicht echtes Interesse an der Jugend zugrunde, sondern gewöhnlich-brutale kaufmännische Rechnereien. Dieselben Geschäftsleute, die sonst junge Menschen mit langen Haaren oft nicht einmal bedienen; dieselben Geschäftsleute sind plötzlich "popig" geworden, ganz einfach deshalb, weil man erkannte, dass die Jugend ein realer Wirtschaftsfaktor ist.

Nun, für diese Gruppe Aussenseiter, die nicht ohne mitzudenken in die Hände klatscht, für die hat man ja den "Ordnerdienst", einige "aufrechte" junge Menschen, die, wie jener oben erwähnte Betrachter meinen könnte, wohl eher wie gewöhnliche, altbekannte Schläger aussehen; aber wen stört das schon, viel wichtiger ist doch der letzte Stand der Sockenmode.

Polizei und Ordnerdienst wurden rasch mit der kleinen Gruppe "Ordnungsstörer" fertig, und ein erleichterter Disc-Jockey sagte nach dem kurzen Zwischenpiel: "Das hätten wir erledigt", worauf das brave Völkchen in Applaus ausbrach. Adrette junge Mädchen, mit Besen und Schaufel bewaffnet, reinigten die Bühne vom Blut und von den Trümmern des höchst ungleichen Kampfes, und schon wurde die nächste Sensation gezeigt - eine getanzte Modeschau und dort, wo noch Augenblicke zuvor einige "twens" es wagten, die Wahrheit zu sagen, shakte jetzt ein mit Busen und Kuhblick bewaffnetes Mannequin.

Nachträglich muss man natürlich noch erwähnen, dass diese "Braven", "Anständigen" (das Vokabular dieser Leute kennt man ja), nun dass also diese Schläger vom "Kurier" gebilligt und von der Österreichischen Jungarbeiterbewegung abgestellt wurden. "Menschlich gesehen" also eine riesige Schweinerei, doch hat Herr Hübel anderes zu schreiben (vielleicht wurde einer Rentnerin ein Fahrschein gestohlen).

Abschliessend kann der Schreiber dieser Zeilen jedem jungen Menschen, ohne dabei jedoch den Zeigefinger in senkrechte Position zu zwingen, nur immer wieder warnen, sich ohne Widerstand in jene hippige Welt zwingen zu lassen, hinter der doch immer wieder nur ein Herr zu finden ist, den wir doch alle kennen sollten: der gierige, alles verschlingende, Ideale tötende Kapitalist.

Der Shkumbfluss im Gebiet von Elbasan bahnt sich seinen Weg durch steile Berge, durch Däume und dichtes Buschwerk.

Im heurigen Frühjahr trafen dort ständig Gruppen der albanischen Jugend gemeinsam mit Arbeitern, Ingenieuren und sonstigem technischen Personal ein; sie kamen, um eine neue Eisenbahnlinie zu errichten; sie kamen mit echt revolutionärem Schwung und verwandelten die bisher ruhige Gegend in ein Gebiet der Arbeit. Zwanzigtausend Burschen und Mädchen sind bisher dort zur freiwilligen Arbeit eingetroffen. Eine gewaltige Schule der Revolution lehrt und lernt unter freiem Himmel. Sie werden Berge durchbrechen, Brücken bauen; sie werden durch eine 48 Kilometer lange Schlucht ein wichtiges Stahlband des Transportes legen: die neue Bahnlinie von Elbasan nach Prenjas.

Schon die italienischen Faschisten versuchten dort 1942 eine Linie zu bauen, aber es gelang ihnen nur über 1,5 Kilometer einfachen Geländes. Später wurde dieses Gelände von Spezialisten Chruschtschows vermessen, die sich dann vor ihrer Abreise weigerten, die gewonnenen Daten der albanischen Regierung zu übergeben. Aber die albanischen Arbeiter und Techniker meisterten auch allein die erfolgreiche Planerstellung mit all ihren schwierigen Vermessungsarbeiten.

Der Abbau von Catarinit wurde im Gefolge der revolutionären Massenbewegung bedeutend verstärkt und da es im Gebiet von Prenjas bedeutende Lagerstätten davon gibt, stellt der Bau dieser Bahnlinie ein brennendes Anliegen des albanischen Volkes dar.

Die Errichtung der Bahnlinie über eine Entfernung von 48 Kilometern erfordert gleichzeitig den Bau von 180 Brücken verschiedener Grössenordnung. Ausserdem sind vierzehn Tunnels mit einer Gesamtlänge von fünf Kilometern notwendig, um Niveauunterschiede und Kurven möglichst zu vermeiden. Auch sechs Fracht- und Personenstationen sind geplant. Ungefähr vier Millionen Kubikmeter Material werden bewegt werden müssen, davon mindestens 70 Prozent Gestein.

Ein Ingenieur des technischen Hauptquartiers sagte, dass die Erstellung der Pläne äusserst schwierig gewesen sei, da es an diesbezüglicher Erfahrung gefehlt hatte. Der Aufruf der Partei und des Genossen Enver Hodscha jedoch alle Schwierigkeiten zu überwinden, werde eine gute Arbeit ermöglichen.

Ein Medizinstudent aus Tirana erklärte, während er schwitzend unter der sengenden Sonne mit blasenbedeckten Händen einen Stein ausgrub: "Die Partei lehrt uns, dass die Schwielen an den Händen uns davor schützen, Revisionisten zu werden."

Überall auf den klaren Bergen im Gebiet von Elbasan flattern rote Fahnen, hört man singen und das Klappern der Spaten und Hacken.

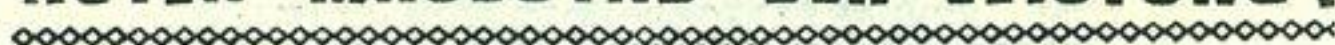
Während der Arbeitspausen sitzen viele Jugendliche auf den Felsen und studieren die Werke Mao Tsetungs, Enver Hodschas sowie die Geschichte der Partei. Viele Arbeitsgruppen haben den Titel zum "25. Jahrestag der Befreiung des Vaterlandes" erworben; ungefähr hundert junge Leute wurden zum fünften Mal zu "Stossarbeitern" ernannt.

In diesem Schmelztiegel der Revolution leisten junge Menschen aus den 26 Regionen des Landes ihren Beitrag für das Vaterland und für die Revolution.

* * *

Am 29. November hat die VR Albanien den 25. Jahrestag der Befreiung gefeiert. Alle Marxisten-Leninisten wissen über die Bedeutung der VR Albanien für den revolutionären Kampf der Völker Bescheid. Aus vollem Herzen rufen wir: ES LEBE DIE VOLKSREPUBLIK ALBANIEN!

NOTEN-MASZSTAB DER LEISTUNG?



Manipulation ist die Kunst, das Opfer dazu zu bringen, sich für den Täter zu halten. Der beste Weg hiezu besteht darin, den Betroffenen zu veranlassen, den Maßstab seines Gegners zu übernehmen, denn damit liefert er sich ihm bedingungslos aus. Der Maßstab ist kein neutrales Instrument, geeignet für jeden beliebigen Zweck, sondern konstruiert dem jeweiligen Interesse entsprechend. So können die Noten im bürgerlichen Schulsystem ihrer Funktion nach, nicht über den Schatten des bürgerlichen Klasseninteresses springen: sie sind Werkzeuge seiner Durchsetzung. Unter den Schein objektiver Leistungsmessung verbirgt sich objektiv die Steuerungs- und Disziplinierungsfunktion.

Die Kapitalisten benötigen für die Produktion eine sich dauernd ändernde Zahl von Arbeitskräften verschiedenster Qualifikation. Da ihnen ein offener staatlicher Dirigismus auf administrative Weise wegen seiner desillusionierenden Wirkung als nicht gangbar erscheint, greift man im Wege der Kabinettpolitik durch Erlässe, die sich dann in der Notengebung konkretisieren, regelnd auf den Aufstoß an produzierten Schülern der verschiedenen Schultypen ein. Im Monatsbericht des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung für den Monat Jänner 1969 wird dies, wenn auch in vorsichtiger Formulierung, unterstrichen: "Man darf also vermuten, daß eine enge Beziehung zwischen dem Andrang zu den Schulen und der Retensienrate (Prozentsatz der Erfolgreichen, die von der 1. Klasse bis zur Matura gelangen. D. Red.) besteht. Diese Beziehung beruht zum Teil darauf, daß unter den Voraussetzungen der Überfüllung die Schüler, selbst wenn sie gleich gute Voraussetzungen mitbringen, häufig scheitern. Auch neigen Lehrer und Schulverwaltungen dazu, bei stärkerem Andrang weniger Schüler aufzunehmen, man erhöht die Anforderungen bei Prüfungen und läßt mehr Schüler durchfallen." Diese Steuerung stellt keine Auslese nach dem Grad der Intelligenz oder des Wissens dar, sondern ist eine im sozialen Sinn. Die Schüler aus wohlhabenden Familien überleben dank teurer Nachhilfestunden und offener Protektion und wenn's wirklich schiefgeht, wird eine Klasse eben wiederholt! Während der Betroffene infolge dieses Auslesemechanismus tatsächlich Opfer der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist, erscheint ihm dieser Prozess als sein persönliches Versagen oder Pech.

Eine genauere Analyse der heutigen allgemein bildenden höheren Schulen zeigt, daß ihre Funktion nicht so sehr in der Vermittlung von Wissen, als in der von Verhaltensmuster besteht. Die Identifikation mit den bürgerlichen Vorstellungen, Gedanken und Ansichten wird durch ihre Darbietung als Lehrstoff erzwungen. Die Nichtidentifikation gilt als "Störung", "Desinteresse", "Unreife" usw., die mittels Noten negativ qualifiziert wird. Allgemein sind zwei Verhaltensmuster Erziehungsziel: "Opposition" zahlt sich nicht aus und das "Konkurrenzdenken" unter der Phrase vom "fair play". Der Schüler soll die befreiende Wirkung eines wirklichen Kollektivs nicht praktisch erfahren, damit er sich mit dem Surrogat der "Schulgemeinschaft" und später dem der "Volksgemeinschaft" abfindet. Die moderne Produktion erzwingt die Kooperation der Produzenten selbst im Kapitalismus. Aber hier fließt der Wert und das Ansehen nicht den Arbeitern als Schöpfer der Werte, sondern den Kapitalisten als Eigentümer der Produktionsmittel zu.

Auf Grund der Funktion als Steuerungs- und Disziplinierungsmittel kann die Notengebung nie ein echtes Instrument der Leistungsmessung sein. Jeder Schüler weiß aus seiner Erfahrung, daß zur Erreichung derselben Note er in den einzelnen Fächern ein verschieden großes Maß an Kenntnissen aufweisen muß, daß gute Schüler milder, schlechte unnachsichtiger oder schikanös behandelt werden. Wissenschaftliche Untersuchungen haben bestätigt, daß wir es nicht mit objektiven, gleichmäßigen Kriterien

der Leistung zu tun haben, sondern mit Vorurteilen, Affekten und anderen sachfremden Erwägungen. Dem Lehrer erscheinen seine eigenen bürgerlichen Vorstellungen als unfehlbarer Maßstab und demnach alle Abweichungen davon als Charakter- oder Leistungsfehler.

Das ganze System der Zensuren veranlaßt den Schüler notwendigerweise dazu, den Lerninhalt als unwesentlich zu negieren, wenn er sich nicht in Noten niederschlägt. Während der Lehrer auffordert, um des Lernens willen zu lernen, erfährt der Schüler praktisch, daß tatsächlich nur die Note zählt, und erlebt damit ein für den Kapitalismus typisches Phänomen: die entfremdete Arbeit. Marx beantwortet in einem seiner ersten Werke, Den Ökonomisch-philosophischen Manuskripten von 1844, die Frage, "worin die Entäußerung der Arbeit besteht": Erstens, daß die Arbeit dem Arbeiter äußerlich ist, d.h. nicht zu seinem Wesen gehört, daß er sich daher in seiner Arbeit nicht bejaht, sondern verneint, nicht wohl, sondern unglücklich fühlt, keine freie physische und geistige Energie entwickelt, sondern seine Physis abkasteit und seinen Geist ruiniert".

Wir kommen damit zu der im Titel aufgeworfenen Frage zurück. Durch die Funktion der Noten primär als Steuerungs- und Disziplinierungsmittel im Dienste des Großkapitals ist die reale Verbindung der Kämpfe der Schüler und Studenten mit dem Klassenkampf der Arbeiter hergestellt. Schlagen wir daher vereint den gemeinsamen Feind!

LESER diskutieren

Harmlose Vietnamkundgebung.

Nachdem "Volksstimme" und diverse Flugschriften seit einigen Tagen zur Teilnahme an einer "Solidaritätsdemonstration für Vietnam" aufgerufen hatten, trafen sich am 14. November ca. 1200 mehr oder minder (oder auch garnicht) Linke und bewegten sich vom Liebenbergdenkmal durch die Innenstadt zum Stephansplatz.

Um es gleich vorwegzunehmen: Offenbarung war es keine. Von einer geschlossenen Einheit war keine Rede. Es bildeten sich Gruppen, die einander mit verschiedenen Parolen zu überschreien versuchten, was zur Folge hatte, daß man die einzelnen Losungen überhaupt nicht verstand. Während die Spitzengruppe streckenweise mit "Ho - Ho - Ho Chi Minh" in Laufschrift fiel, schlich der Rest, einem Trauerzug nicht unähnlich, hinterher. Nach kurzem Aufenthalt am Stefansplatz zerstreute man sich schließlich, nachdem die Polizei freundlich dazu aufgefordert hatte ("...sie halten ja den ganzen Verkehr auf...").

Wo liegen nun die Ursachen dieses offensichtlichen Mißerfolgs? Es war die Vorbereitung und Koordinierung dieser Aktion völlig unzureichend. Jede der etwa sieben bis acht größeren Gruppen hatte einen anderen Aktionsplan. Es gab mindestens drei Vietnam-Aktionskomitees, die einander widersprachen. Die Losungen reichten von "Vietnam heißt Klassenkampf" bis zu pazifistischem Friedensgeschrei. Die Bevölkerung war praktisch nicht informiert und daher von vornherein negativ eingestellt.

Effekt: Eine "Aktion", die man nicht einmal als Selbstbefriedigung bezeichnen kann.

Es wäre hoch an der Zeit, auf breiter Basis eine disziplinierte, ideologisch gefestigte und geschulte, kurz, eine revolutionäre Avantgarde zu bilden, die zu schlagkräftigen Aktionen fähig ist und nicht nur auf studentischer, sondern vor allem auch auf der Basis junger Arbeiter beruht und auch Künstler einbeziehen soll. Womit ich diesen Vorschlag zur Diskussion stelle.

C.C. Wien

rote garde

tribüne der revolutionären jugend

Eigentümer: Vereinigung
Revolutionärer Arbeiter
Österreichs (Marxisten-
Leninisten), Herausgeber
und Verleger: Alfred
Joch, alle: 1200 Wien,
Dresdner Straße 48/4/7.
Für den Druck und Inhalt
verantwortlich: Herbert
Treitl, 1020 Wien, Czer-
ningasse 15/2.

P. b. b. Verlagspostamt:
1200 Wien. Erschei-
nungsort: Wien.

Einzelpreis: S 3,—
Jahresabo: S 30,—

Zuschriften an:
1205 Wien, Postfach 3.
Telefon 42 82 00.

Dezember 1969

Nummer 6



VRA

Bewußtsein ist erforderlich.

Daß die Rebellion der Jugend von Gegnern unse-
rer Sache ausgenützt wird, liegt meines Erach-
tens ganz im Wesen unseres Systems. Keinesfalls
können wir auffallende Kleidung, lange Haare
etc. als politischen Protest akzeptieren. Denn
Protest äußert sich doch wohl in den Handlungen
des Menschen und nicht in seinem äußeren Ge-
haben. Nonkonformismus kann Ausdruck eines indi-
viduellen Gesellschaftsprotesses sein, ist aber
deshalb noch lange nicht als Polit-Protest zu
akzeptieren. Außerdem wird dieser Nonkonformis-
mus, der sich in Extravaganzen in der Kleidung
etc. äußert, noch eine systemerhaltende Funkti-
on haben, indem er nämlich die Schöpfer dieser
Modegags bereichert. Das heißt nicht, daß wir
mit Leuten, die lange Haare tragen, nicht zu-
sammenarbeiten; im Gegenteil, wir versuchen den
teilweise noch unbewußten, unpolitischen Non-
konformismus in politische Bahnen zu lenken.

Und nun noch einige Worte zur Frage der Einheit.
Wir gehen grundsätzlich von der Meinung aus, daß
man mit jedem Menschen, der auf dem Boden des
Marxismus steht und der als sein Ziel den So-
zialismus hat, zusammenarbeiten kann. Das
schließt logischerweise alle jene aus, die sich
"links" gebärden und diese Bewegung zur Erhöhung
ihrer Profite benutzen. Wir glauben, daß die
linke Bewegung erst dann stark wird, wenn sie
sich der fundamentalen Frage der Einheit bewußt
wird, und Sektierertum, gegenseitige Beflegelun-
gen etc. ein Ende finden. Ansonsten werden alle
linken Gruppen ihr "Hungerleiderdasein" nicht
beenden und nie zu einer Gesellschaftsverände-
rung kommen.

H.R. Kärnten

Wir betrachten die Frage der Einheit unter dem Blickpunkt
des Kampfes um die Eroberung der politischen Macht. Jede
Form der Einheit muß daher zu einer Verstärkung der revo-
lutionären Kräfte führen, nicht zu ihrer Verminderung. Die
Einheit der linken Bewegung kann nicht dadurch zustande
kommen, daß die einzelnen Gruppen ihre Prinzipien verwi-
schen, sondern daß sie sich in der Arena des Kampfes ver-
bünden. Die marxistisch-leninistische Bewegung in Öster-
reich befindet sich heute in der Periode ihres Aufbaues.
Mit ihr ist unweigerlich die Anwendung der allgemeinen
Grundsätze des Marxismus-Leninismus, der Maotsetung-Ideen
auf die konkreten Gegebenheiten Österreichs verbunden. Die-
ser Prozess vollzieht sich im Rahmen des Kampfes gegen re-
visionistische Überbleibsel in den Köpfen der Teilnehmer.
Jene, die sich von den Resten bürgerlicher Denkungsart
nicht befreien können, bei denen diese Reste so überwiegen,
daß ihr Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus nur ein Wort-
geklingel darstellt, werden im Verlauf dieser Auseinander-
setzungen ausgeschieden. Daß dieser Prozeß gerade die aus-
scheidet, die auf Grund ihrer materiellen Interessen oder
ihrer persönlichen negativen Charaktereigenschaften zum
Revisionismus hinneigen müssen, ist nur zu natürlich. Sol-
che Leute begeben sich dann auf die Ebene des persönlichen
Gezänks, der persönlichen Anschuldigungen. Die Redaktion